

Inhaltsübersicht

Kurzfassung	1
I. Kommunale Steuerautonomie als Reformhindernis?	28
II. Vorgaben des Grundgesetzes zu Inhalt und Bestandskraft der kommunalen Steuerautonomie	31
1. Steuerautonomie im Grundgesetz	31
1.1 Kommunalrechtliche Steuerautonomie kompetenzrechtlich unergiebig	31
1.2 Finanzverfassungsrechtliche Steuerautonomie	33
1.3 Keine Autonomie bei eingeschränkten und übertragenen Kompetenzen	36
2. Einbeziehung der Gemeinden in die bundesstaatliche Kompetenzverteilung	37
2.1 Gesetzgebungshoheit (Art. 105 GG)	37
2.2 Aufkommenshoheit (Art. 106 GG)	43
2.3 Verwaltungshoheit (Art. 108 GG)	46
2.4 Zusammenfassung	48

3. Bestandskraft der kommunalen Besteuerungsrechte ..	50
3.1 Zulässigkeit des Abbaues von Gemeindesteuern durch den zuständigen Gesetzgeber	50
3.2 Wahrung des finanziellen Gleichgewichts im Bundesstaat	53
3.2.1 Beeinträchtigung des finanziellen Gleichgewichts im Bundesstaat durch den Abbau von Gemeindesteuern?	53
3.2.2 Umfang der Mindereinnahmen	53
3.2.3 Vermeidung einer unzulässigen Störung des finanziellen Gleichgewichts im Bundesstaat ..	61
3.3 Berücksichtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden	65
3.3.1 Wieviel Finanzautonomie verlangt das Selbstverwaltungsrecht?	65
3.3.2 Konkretisierung der kommunalen Besteuerungsrechte in der Finanzverfassung ..	67
3.3.3 Sicherung der kommunalen Besteuerungsrechte durch Ergänzung des Art. 28 GG ...	68
3.4 Zusammenfassung	72
 III. Steuer- und finanzpolitische Grenzen der kommunalen Besteuerungsrechte	 74
1. Steuerpolitische Grenzen	74
1.1 Steuergerechtigkeit	74
1.2 Belastungsbegrenzung	80
1.3 Steuervereinfachung	87
1.4 Begrenzung des Steuerlastgefälles	88
2. Finanzpolitische Grenzen	91
2.1 Finanzierung kommunaler Leistungen	91
2.2 Berücksichtigung der Bürgerpräferenzen	93
2.3 Keine Verschärfung von Steuerkraftunterschieden ..	95
2.4 Vermeidung starker Aufkommensschwankungen ..	96
3. Ergebnis: Leitlinien für das kommunale Hebesatzrecht ..	96

IV. Unvereinbarkeit der Gewerbesteuer mit den Anforderungen an Gemeindesteuern	99
1. Skizze der Gewerbesteuer	99
2. Verstöße gegen die steuer- und finanzpolitischen Anforderungen an Gemeindesteuern	103
2.1 Unvereinbarkeit mit der Lastengerechtigkeit im Sinne des Äquivalenzprinzips	103
2.2 Unvereinbarkeit mit der Steuergerechtigkeit im Sinne des Leistungsfähigkeitsprinzips	107
2.3 Mehrfach- und Sonderbelastungen	110
2.4 Verzerrungen im nationalen und internationalen Wettbewerb	113
2.5 Komplizierung des Steuerrechts	128
2.6 Gefahr der Substanzbesteuerung und der Krisenverschärfung	129
2.7 Begünstigung prozyklischer Haushaltspolitik der Gemeinden	131
2.8 Übermäßige Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden	133
2.9 Beeinträchtigung der kommunalen Willensbildung ..	136
2.10 Ergebnis: Teilweise Entschärfung der alten Mängel, neue Mängel sind hinzugekommen	138
3. Verfassungswidrigkeit der Gewerbesteuer?	141
3.1 Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Gewerbesteuer selbst	141
3.2 Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Anrechnungsregelung	146
3.2.1 Kompetenzrechtliche Bedenken	147
3.2.2 Finanzverfassungsrechtliche Bedenken	148
3.2.3 Grundrechtliche Bedenken	150
3.3 Ergebnis	165

V. Der Vorschlag des Karl-Bräuer-Instituts zu Abbau und Ersatz der Gewerbesteuer	166
1. Vollständiger Abbau der Gewerbesteuer, Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, Einrichtung von Hebesatzrechten an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer	166
1.1 Skizze des Vorschlags	166
1.2 Erfüllung verfassungsrechtlicher Anforderungen ..	167
1.3 Steuer- und finanzpolitische Vorteile	172
1.4 Ausgleich der Steuerausfälle und Neuverteilung der Finanzmassen	175
2. Zur Aufteilung des Umsatzsteueranteils auf die Gemeinden	181
2.1 Vorbemerkung	181
2.2 Schlüssel örtlicher Netto-Umsatz	183
2.3 Schlüssel Beschäftigtenzahl	191
2.4 Kombination der Schlüsselemente	198
3. Zur Gestaltung insbesondere des Hebesatzrechts am Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	200
3.1 Vorbemerkung	200
3.2 Der Vorschlag des Instituts	201
3.3 Weitgehende Erfüllung steuerpolitischer Anforderungen	212
3.4 Finanzpolitische Vorteile	216
3.5 Mögliche Einwände ohne Durchschlagskraft	220

VI. Andere Vorschläge zum Ersatz der Gewerbesteuer	230
1. Varianten der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer	230
1.1 Ifo-Institut: Zuschlag-/Abschlagmodell mit Sonderregelungen für Unternehmensgewinne und Kapitalerträge	230
1.2 BDI/VCI: Kommunale Einkommen- und Gewinnsteuer	236
2. Wertschöpfungsteuer	244
2.1 Skizze des Vorschlags	245
2.2 Verfassungsrechtliche Beurteilung	245
2.3 Steuer- und finanzpolitische Mängel und Gefahren . .	249
3. Kommunale Unternehmensteuer	256
3.1 Skizze der neueren Unternehmensteuer-Vorschläge .	256
3.2 Verfassungsrechtliche Beurteilung	260
3.3 Steuer- und finanzpolitische Beurteilung	265
Anlagen	271